

Herbstsession 2020

Sessionsrückblick - 3. Woche



Luftfahrt

Die "Flegel-Passagiere" sollen künftig einfacher rechtlich belangt werden können. Der Nationalrat hat am Montag als Erstrat die entsprechende Anpassung des sogenannten Abkommens von Tokio einstimmig gutgeheissen. Bisher konnten renitente Flugzeugpassagiere gerichtlich oft nicht belangt werden. Es gab keine gerichtlichen Zuständigkeiten in den Staaten, in dem ein Flugzeug zur Landung gezwungen war. Im Protokoll ist deshalb neu eine zusätzliche obligatorische Gerichtsbarkeit für Halter- und für Lande-Staaten vorgesehen. Dieses enthält auch eine Liste der schwersten Straftaten. Ausserdem sieht das Protokoll Schadenersatzansprüche gegenüber der Person vor, die wegen ihres Verhaltens ausgeladen werden musste.

Bahninfrastruktur

Der Nationalrat ist einverstanden damit, mehr Geld als bisher ins Schienennetz zu investieren. Mit grosser Mehrheit hat er 14,4 Milliarden Franken für die nächsten vier Jahre bewilligt. Das sind 1,2 Milliarden Franken mehr als bisher. Damit wird unter anderem der höhere Bedarf bei Fahrbahn, Bahnhöfen, Sicherungsanlagen, Brücken und Tunnels gedeckt. Das Geld für den Zahlungsrahmen 2021-2024 stammt aus dem Bahninfrastrukturfonds (BIF) und belastet den Bundeshaushalt nicht. Der grösste Teil der Mittel fliesst in den Substanzerhalt.

Kurzarbeit

Wegen der Corona-Krise sind die Kosten für Kurzarbeitsentschädigungen in die Höhe geschneilt. Um diese zu decken, bewilligte das Parlament im Juni 14,2 Milliarden Franken für die Arbeitslosenversicherung (ALV). In der Herbstsession stimmten die Räte der für die Zusatzfinanzierung nötigen gesetzlichen Grundlage zu. Nun hat der Nationalrat auch die Dringlichkeit der Vorlage gutgeheissen, mit 198 zu 2 Stimmen. Diese kann damit schon vor Ablauf der Referendumsfrist in Kraft gesetzt werden. Mit der Zusatzfinanzierung verhindert der Bund höhere Lohnbeiträge für die ALV.

Klimachaoten auf dem Bundesplatz

Am 19. September sollte in Zürich der «Marsch fürs Läbe» stattfinden. Aus Angst vor gewaltbereiten Linksextremen wurde dieser verboten. Am Montag haben nun genau solche Chaoten, die offenbar noch nie etwas vom Initiativrecht gehört haben, den Bundesplatz besetzt. Die links-grüne Stadt Bern tolerierte die Kundgebung, obwohl solche Demonstrationen während den Sessionen seit 1925 weitgehend verboten sind. Damit wurde faktisch die Bewilligungspflicht für Demonstrationen abgeschafft. Der Nationalrat fordert die Berner Stadtbehörden auf, das unbewilligte Camp der Klimaaktivisten auf dem Bundesplatz bis spätestens Dienstagmorgen (8.00 Uhr) aufzulösen. Er hat einen entsprechenden Ordnungsantrag von Thomas Aeschi (SVP/ZG) mit 109 zu 83 Stimmen angenommen. "Wir sind der Meinung, dass man eine solche Aktion nicht einfach tolerieren sollte", begründete Aeschi seinen Antrag. Ein Gesuch der SVP für einen Anlass zur Begrenzungsinitiative auf dem Bundesplatz habe die Stadt Bern nicht bewilligt. Die Klimaaktivisten, die kein Gesuch gestellt hätten, würden aber toleriert. Der angenommene Ordnungsantrag verfehlte seine Wirkung. So war der Bundesplatz auch um 8.00 Uhr immer noch besetzt.



UNO-Neubau

Der Bundesrat will den Abriss und Neubau eines Uno-Gebäudes am Sitz der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) in Genf mit einem Darlehen in Höhe von 95,6 Millionen Franken mitfinanzieren. Der Nationalrat hat dem Kredit mit grosser Mehrheit zugestimmt. Der Kanton Genf beteiligt sich mit 42,4 Millionen Franken am Projekt. Notwendig wird der Neubau, weil das Gebäude nicht mehr den geltenden Normen im Bereich Brandschutz, Erdbebensicherheit und Wärmedämmung entspricht. Mit dem Bau soll im Jahr 2022 begonnen werden. Dieser soll rund fünf Jahre dauern.

Legislaturplanung

Das Parlament hat die politische Agenda des Bundesrats für die Jahre 2019-2023 angenommen. Der Nationalrat hat mit deutlicher Mehrheit allen Anträgen der Einigungskonferenz zugestimmt. Der Bundesrat setzt in seiner Agenda auf politische Kontinuität und hält an seinen drei Hauptzielen Wohlstand, Zusammenhalt und Sicherheit fest. Das Parlament diskutierte 18 Legislaturziele und 53 Massnahmen zu den Schwerpunkten. Mehr Gewicht erhalten die Themen Digitalisierung und Klimaschutz.

Aussenpolitik

Das Parlament hat die strategische Ausrichtung der Internationalen Zusammenarbeit (IZA) 2021-2024 und den dazugehörigen Rahmenkredit von maximal 11,252 Milliarden Franken verabschiedet. Der Nationalrat hat die letzte Differenz zum Ständerat ausgeräumt.



Er wollte ursprünglich, dass die jährlichen Ausgaben für die IZA an die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz und den Abbau der Covid-19-bedingten Schulden gekoppelt werden. Nachdem der Ständerat diesen Zusatzartikel einstimmig ablehnte, schwenkte auch der Nationalrat um und strich den Artikel mit 112 zu 56 Stimmen bei 25 Enthaltungen.

Mobility-Pricing

Die Forderung der SVP nach einem Verzicht auf die Einführung neuer Lenkungsconzepte wie Mobility-Pricing, solange die Zahl der jährlichen Staustunden über 12'000 liegt, ist vorläufig vom Tisch. Der Nationalrat hat einer entsprechenden parlamentarischen Initiative von Walter Wobmann (SVP/SO) keine Folge gegeben. Die SVP stand mit ihrer Meinung allein da, dass die Strassenbenützer zwar für den Unterhalt und den Ausbau der Strasseninfrastruktur bezahlen, dafür aber nicht die erforderliche Gegenleistung erhielten - und namentlich wegen der hohen Zuwanderung immer häufiger im Stau steckten.

Erbrecht

Das fast hundertjährige Erbrecht wird modernisiert. Nach dem Ständerat hat sich am Dienstag auch der Nationalrat dafür ausgesprochen. Lebenspartnerinnen und -partner erhalten jedoch keinen Anspruch auf Unterstützung. Die Gegner befürchteten, dass die Regelung schwer umzusetzen wäre und zu komplexen Erbstreitigkeiten führen würde. Unumstritten waren verschiedene andere Änderungen, die sich aus der Praxis der vergangenen Jahrzehnte aufdrängen. Zudem können Erblasser künftig über einen grösseren Teil des Nachlasses frei verfügen. Der Pflichtteil für die Nachkommen wird verkleinert. Die kleine Kammer diskutiert voraussichtlich in der Wintersession über die verbleibenden Differenzen.

Bomben

Privatpersonen sollen weniger leicht Zugang haben zu Chemikalien, aus denen sich Bomben bauen lassen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat ein Gesetz gutgeheissen, mit dem der Kauf bestimmter Substanzen erschwert wird. Gewisse Produkte, in welchen sogenannte Vorläuferstoffe enthalten sind, können von Privaten nur noch mit Bewilligung gekauft werden. Entscheidend für die Bewilligungspflicht ist die Konzentration. Die EU hat den Zugang zu Vorläuferstoffen bereits 2014 eingeschränkt. Hintergrund der Regulierung sind verschiedene Terroranschläge, bei welchen selbstgemachte Sprengstoffe eingesetzt wurden. Die Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmung.

Terror

Im Kampf gegen den Terrorismus verschärft das Parlament das Strafrecht. Noch sind sich National- und Ständerat aber nicht über alle Details einig geworden. So will der Nationalrat das IKRK ausdrücklich von der Strafbarkeit ausnehmen. Fehlbare Mitarbeitende könnten trotzdem vor Gericht gestellt werden, ist die Mehrheit überzeugt. Eine weitere Differenz betrifft die geheime Übermittlung von Daten bei Ermittlungen von schweren Straftaten und Terrorismus. Der Ständerat will dafür höhere Hürden als der Nationalrat. Die Vorlage geht noch einmal an den Ständerat.



Armeebotschaft

Investitionen von 21,1 Milliarden Franken können 2021 bis 2024 für die Armee eingeplant werden, so wie es der Bundesrat beantragt hat. Das Parlament hat diesen Zahlungsrahmen gutgeheissen. Damit ist für die Armee für die nächsten vier Jahre ein reales Wachstum des Budgets von 1,4 Prozent pro Jahr vorgesehen. Der Nationalrat bewilligte den Zahlungsrahmen am Mittwoch als Zweitrat mit 124 zu 65 Stimmen bei einer Enthaltung. Ebenfalls wie der Ständerat hiess er für Rüstungsgüter, den Kauf von Material und für Immobilien insgesamt rund 2,7 Milliarden Franken gut. Die Armeebotschaft 2020 ist damit bereinigt. Dank dieser Entscheidung kann nun auch ein Neubau der Berufsunteroffiziersschule (BUSA) auf dem Areal neben der Kaserne definitiv realisiert und die Infrastruktur der BUSA endlich zusammengeführt werden.

Das Eintretensvotum zur Armeebotschaft hielt ich für die SVP-Fraktion. Unter dem folgenden Link kann es eingesehen werden:

https://par-pcache.simplex.tv/content/5/9/151876/simvid_1.mp4



CO2-Gesetz

Die Schweiz muss ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 halbieren. Das totalrevidierte CO2-Gesetz stellt die Weichen, damit dieser Verpflichtung nachgekommen werden kann. Unter anderem enthält es Lenkungsabgaben, die in einen Klimafonds fließen und den Menschen im Land zurückerstattet werden. Das Gesetz ist nach drei Jahren Beratung bereit für die Schlussabstimmung, nachdem am Mittwoch beide Räte den Antrag der Einigungskonferenz gutgeheissen haben. Zuletzt umstritten waren Bussen für fahrlässige Hinterziehung der CO2-Abgabe und die Höhe der Abgabe für private Flüge.



Cannabis

In der Schweiz sollen Pilotstudien zur kontrollierten Cannabis-Abgabe durchgeführt werden können. Die Räte haben sich über entsprechende Änderungen im Betäubungsmittelgesetz geeinigt und auch darauf, dass für die Versuche wenn möglich Schweizer Bio-Cannabisprodukte verwendet werden sollen. Der Nationalrat hatte bisher ausschliesslich Produkte aus der Schweiz und in Bio-Qualität erlauben wollen. Er schloss sich nun aber dem Ständerat an, auf Antrag der Mehrheit seiner Gesundheitskommission (SGK). Die Änderung des Betäubungsmittelgesetzes ist bereit für die Schlussabstimmung.

Adoptionsentschädigung

Künftig soll es auch für Eltern, die ein Kind adoptieren, einen maximal 14-tägigen Urlaub geben. Der Nationalrat hat der Einführung eines Erwerbsersatzes bei Adoptionen mit 123 zu 70 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt. Er hat dem Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende bei Mutterschaft (EOG) das entsprechende neue Kapitel hinzugefügt. Damit erfüllt er eine parlamentarische Initiative von Marco Romano (CVP/TI). Die Vorlage geht nun an den Ständerat. Die vom Nationalrat gutgeheissene Version sieht vor, dass der Urlaub nur dann bezogen werden darf, wenn das Kind zum Zeitpunkt der Adoption noch nicht vier Jahre alt ist. Der maximal 14-tägige Adoptionsurlaub kann auch tageweise bezogen werden.

Informationssicherheit

Das neue Informationssicherheitsgesetz soll die Sicherheit von Informationen beim Bund verbessern. Die Räte haben sich weitgehend über die Vorlage geeinigt. Umstritten bleibt der Einsatz der AHV-Nummer zur Identifikation von Personen. Der Nationalrat lehnt das ab. Daran hat er bei der zweiten Beratung der Vorlage festgehalten. Stattdessen will er eine von der AHV-Nummer abgeleitete Nummer zur Identifikation verwenden. Eingelenkt hat der Nationalrat hingegen in einem anderen Punkt: Zunächst wollte er den Bundesrat verpflichten, seine Ziele und die Kosten den Kommissionen zur Konsultation vorzulegen. Damit sollte verhindert werden, dass die Umsetzung allzu teuer und aufwendig wird.

Bezüglich den Zielen und Kosten habe ich Bundesrätin Amherd folgendes gefragt:

«Sehr geehrte Frau Bundesrätin, am 28. Oktober des letzten Jahres haben Sie in der Sicherheitspolitischen Kommission zu Protokoll gegeben und folglich bestätigt, dass die Kommissionen konsultiert werden, wenn der Bundesrat in Bezug auf die Ambitionsniveaus etwas ändert. Können Sie nochmals ganz klar bestätigen, dass das VBS die Finanzkommissionen und die Sicherheitspolitischen Kommissionen bei einer Änderung des Ambitionsniveaus konsultiert?»

Ihre Antwort:

«Die Finanzdelegation und die Finanzkommissionen werden immer konsultiert, das habe ich gesagt. Und selbstverständlich konsultieren wir auch die Sicherheitspolitischen Kommissionen, wenn sie dies wünschen. Ich nehme das schon einmal als Wunsch auf. Dann können wir Bürokratie vermeiden, und Sie müssen nicht extra einen Antrag stellen.»

→ mit einer kurzen Frage viel erreicht...!



Bundesrichterwahlen

Yves Donzallaz (SVP) hat die Wiederwahl als Bundesrichter gegen den Willen seiner Partei geschafft - mit 177 von 239 gültigen Stimmen. Damit fehlten ihm einzig die Stimmen der SVP. Auch alle anderen bisherigen Bundesrichterinnen und Bundesrichter wurden wiedergewählt. Als Ersatz für den zurücktretenden Bundesgerichtspräsident Ulrich Meyer (SP) wurde Christoph Hurni (GLP) mit 232 von 233 gültigen Stimmen zum ordentlichen Richter gewählt. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte die Bundesrichter für die Amtsperiode 2021-2026.

Begnadigungsgesuch

National- und Ständerat haben das Begnadigungsgesuch eines Tschechen, der wegen Betrugs und Geldwäscherei vor dem Bundesstrafgericht in Bellinzona verurteilt worden ist, abgelehnt. Die Begnadigungskommission hatte der Vereinigten Bundesversammlung einstimmig empfohlen, das Gesuch abzulehnen. Dass die Bundesversammlung über eine Begnadigung entscheidet, kommt selten vor - zuletzt war das 2008 der Fall.

Parlament regelt Hilfe für Selbstständige und Härtefälle in Corona-Krisen

Die Details der Corona-Finanzhilfe für "vergessene Branchen" und Selbstständigerwerbende sind geregelt. Die Räte haben am Mittwoch dem Vorschlag der Einigungskonferenz deutlich zugestimmt. Damit ist das viel diskutierte Covid-19-Gesetz auf der Zielgeraden.

Bei der Vorlage handelt sich um ein dringliches Bundesgesetz, das am Samstag in Kraft treten soll und in weiten Teilen Ende 2021 wieder ausläuft. Der Bundesrat will mit der Vorlage die Corona-Notverordnungen, die er seit dem Frühjahr erlassen hat, wo notwendig in ordentliches Recht überführen. Das Parlament folgte zusammengefasst dem Credo: Was bisher möglich war, soll auch weiterhin möglich sein. Das dürfte auch damit zusammenhängen, dass bisher erst ein Bruchteil der vom Parlament gesprochenen ausserordentlichen Corona-Kredite ausgeschöpft worden ist. Das gilt insbesondere für den Erwerbssersatz.

Hilfe ab 55 Prozent Umsatzeinbusse

National- und Ständerat haben deshalb beschlossen, zusätzliche von der Corona-Krise betroffene Unternehmen und Selbstständigerwerbende zu unterstützen. Wer durch die Corona-Krise nur eingeschränkt arbeiten kann, soll staatliche Hilfe erhalten. Es geht um Betroffene, die etwa wegen Veranstaltungsverbots blockiert sind, sowohl Selbstständigerwerbende als auch Personen in arbeitgeberähnlicher Stellung.

Die Einigungskonferenz konkretisierte nun, wer genau anspruchsberechtigt sein soll. Als "massgeblich eingeschränkt" gelten demnach Personen, die in ihrer Unternehmung eine Umsatzeinbusse von mindestens 55 Prozent im Vergleich zum Umsatz in den Jahren 2015 bis 2019 haben. Der Bundesrat regelt die Höhe und die Bemessung der Entschädigung in einer Verordnung. Er orientiert sich dabei am selbstdeklarierten Erwerbsausfall der Betroffenen. Die Regelung soll nahtlos die vergangene Woche ausgelaufene Notverordnung ablösen und bis Ende Juni 2021 gelten.

Schausteller hoffen auf Unterstützung

Bei den Härtefallmassnahmen für Unternehmen der Event-, Reise- und Tourismusbranche und für Schausteller hat die Einigungskonferenz den Vorschlag des Ständerats übernommen. Demnach liegt ein Härtefall vor, wenn der Jahresumsatz unter 60 Prozent des mehrjährigen Durchschnitts liegt. Die gesamte Vermögens- und Kapitalsituation ist zu berücksichtigen.



Der Bund wird nur tätig, wenn mindestens ein Kanton einen Härtefallantrag stellt und dieser sich zur Hälfte an der Finanzierung beteiligt. Anspruchsberechtigt sollen Unternehmen sein, die vor der Krise profitabel oder überlebensfähig waren und nicht bereits andere Finanzhilfen des Bundes erhalten haben. Ausgenommen sind Kurzarbeits- und Erwerbsausfallentschädigungen sowie Covid-Bürgschaftskredite. Möglich sind auch À-fonds-perdu-Beiträge.

Es sei noch viel zu klären, sagte Bundeskanzler Walter Thurnherr im Verlauf der Ratsdebatte. Beispielsweise fehle es noch an einem Finanzierungsgefäss. Die Verwaltung stehe vor einer grossen Herausforderung.

Darlehen für Profisportklubs

Bereits früher gefunden haben sich die Räte bei den Massnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung. Demnach lässt das Gesetz Kurzarbeitsentschädigungen auch für Mitarbeitende auf Abruf in unbefristeten Arbeitsverhältnissen zu. Zudem stellt das Parlament für das nächste Jahr 100 Millionen Franken zur Unterstützung von Kulturunternehmen bereit. Neue Regel gibt es ferner bei den Darlehen für Sportvereine. Künftig werden diese nicht an die Ligen, sondern direkt an die Klubs vergeben. Die Vereine sollen dabei eine Sicherheit von 25 Prozent des betrieblichen Aufwands der Saison 2018/2019 leisten müssen.

Kein Impfwang

Der Bundesrat erhält mit dem Covid-19-Gesetz etwas mehr Kompetenzen beim Gesundheitsschutz. So kann er etwa Corona-Medikamente vereinfacht zulassen. Das gilt jedoch nicht für Impfstoffe. Generell wurde während der Parlamentsdebatte verschiedentlich klargemacht, dass das Gesetz nichts mit Impfen zu tun habe. Die Gegner der Vorlage warnen indes fast schon gebetsmühlenartig vor einem "Impfwang" und einer "Gesundheitsdiktatur des Bundesrats". Verschiedene Gruppierungen haben nach eigenen Angaben bereits über 20'000 referendumswillige Personen auf ihrer Seite.

Breite Konsultation

Die Räte haben dem Bundesrat jedoch verschiedene Grenzen gesetzt. Das Gesetz verpflichtet die Regierung zur Konsultation der Kantone, des Parlaments und der Sozialpartner, bevor neue Massnahmen erlassen werden.

Andere Teile des Gesetzes gewährleisten Verfahren und Versammlungen in der Pandemie-Zeit, beugen Massenkonkursen vor oder erleichtern die Verteilung von Asylsuchenden. Das Parlament fügte dem Gesetz zudem noch einen Passus für Grenzgängerinnen und Grenzgänger hinzu, wonach der Bundesrat die notwendigen Massnahmen ergreifen müsse, um die Reisefreiheit der Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie der Einwohnerinnen und Einwohner zu gewährleisten.

Der Nationalrat stimmte mit 186 zu 10 Stimmen bei einer Enthaltung für den Antrag der Einigungskonferenz, der Ständerat mit 40 zu 0 Stimmen. Das Covid-19-Gesetz ist nun bereit für die Schlussabstimmung ist.

99%-Initiative

Der Nationalrat hat mit 123 zu 62 Stimmen die Initiative der Juso ohne Gegenentwurf zur Ablehnung empfohlen. Für eine Annahme votierten SP und die Grünen. Die Initiative verlangt, dass Kapitaleinkommen wie Zinsen und Dividenden, die einen bestimmten Betrag übersteigen, im Umfang von 150 Prozent besteuert werden.



Die Mehreinnahmen sollen dafür verwendet werden, die Steuern von Personen mit tiefen und mittleren Löhnen zu senken sowie die soziale Wohlfahrt auszubauen. Ein Gegenentwurf, der eine Besteuerung von 100 statt 150 Prozent vorsieht, wurde ebenfalls mit 123 zu 62 Stimmen abgelehnt. Als nächstes entscheidet der Ständerat.

Verträge

Der Ruf nach mehr Schutz für Konsumentinnen und Konsumenten bei automatischen Vertragsverlängerungen ist verhallt. Der Nationalrat hat eine Vorlage seiner Kommission im zweiten Anlauf abgelehnt. Weil auch der Ständerat Nein gesagt hat, bleibt es beim Status quo. Die von der Nationalratskommission ausgearbeitete Gesetzesänderung sah vor, dass Konsumenten spätestens ein Monat vor der erstmaligen automatischen Verlängerung eines Vertragsverhältnisses benachrichtigt werden müssen. In der Nachricht sollte ausdrücklich auf das vereinbarte Recht zur Beendigung des Vertrages hingewiesen werden. Dagegen stemmten sich Vertreterinnen und Vertreter von SVP-, FDP- und Mitte-Fraktion. Sie kritisierten die Vorlage als gesetzlichen Eingriff in die Vertragsfreiheit.

Geschlecht

Menschen mit einer Transidentität und Menschen mit einer Variante der Geschlechtsentwicklung sollen ihr Geschlecht und den Vornamen im Personenstandsregister unbürokratisch ändern lassen können. Nach dem Ständerat unterstützt auch der Nationalrat diesen Vorschlag. Der Nationalrat hiess die entsprechende Anpassung des Zivilgesetzbuches mit 121 zu 61 Stimmen bei 13 Enthaltungen gut. Die Vorlage geht zurück an den Ständerat. Noch geklärt werden muss die Frage, ob bei Minderjährigen für die Änderung die Zustimmung der Eltern oder der gesetzlichen Vertreter erforderlich ist. Der Nationalrat strich den fraglichen Artikel aus der Vorlage. Der Ständerat und der Bundesrat dagegen befürworten die Zustimmung der Eltern.

Freihandel

Der Nationalrat hat drei Standesinitiativen der Kantone Jura, Freiburg und Bern abgelehnt, die verlangten, Palmöl bei den Freihandelsgesprächen mit Indonesien respektive einem allfälligen Freihandelsabkommen mit Malaysia auszuklammern. Weil der Ständerat im vergangenen Dezember ebenfalls Nein gesagt hatte, sind die Initiativen erledigt. Die Ratslinke argumentierte erfolglos, dass es kein nachhaltiges Palmöl gebe. Die Nachhaltigkeitskriterien im Abkommen mit Indonesien seien "reine Augenwischerei". Bereits bei der Beratung des Abkommens im Parlament hatte die Linke erfolglos beantragt, zusätzliche Bestimmungen zur Nachhaltigkeit in den Beschlusstext aufzunehmen. Weil ein Referendum gegen das Abkommen zustande gekommen ist, hat das Volk das letzte Wort.

Mutterschaft

Selbstständigerwerbende sollen im Falle einer Mutterschaft Anspruch auf Betriebszulagen erhalten. Das will das Parlament. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion aus dem Ständerat angenommen - mit 127 zu 44 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Mit Betriebszulagen wird ein Teil der Kosten entschädigt, die trotz Mutterschaft weiterhin anfallen. Wehrdienstpflichtige erhalten dafür zusätzlich 67 Franken pro Tag. Es sei nicht einzusehen, warum das für Selbstständigerwerbende bei Mutterschaft anders sein sollte, hatte alt Ständerätin Liliane Maury Pasquier (SP/GE) ihre Motion begründet. Der Bundesrat zeigte sich mit dem Vorstoss einverstanden. Er muss ihn nun umsetzen.



Kinderrechte

Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat gegen den Willen des Bundesrats für die Schaffung einer Ombudsstelle für Kinderrechte ausgesprochen. Er hat die entsprechende Motion von Ruedi Noser (FDP/ZH) mit 137 zu 46 Stimmen bei einer Enthaltung gutgeheissen. Die Landesregierung muss nun die entsprechenden Gesetzesgrundlagen ausarbeiten. Innenminister Alain Berset wehrte sich vergeblich gegen den Vorstoss. Es gebe bereits heute eine grosse Zahl von Akteuren in diesem Bereich. Auch der Zugang zu rechtlichen Anlaufstellen sei durch spezielle Kinderanwälte in den Kantonen sichergestellt. Die Befürworter wollten Lücken in diesem Bereich schliessen und damit auch Forderungen der Uno und des Europarats erfüllen.

Nutri-Score

Der Bundesrat soll prüfen, wie hoch die Kosten für Unternehmen bei einer Einführung des Nährwert-Indikators Nutri-Score wären. Der Nationalrat hat ein entsprechendes Postulat seiner Gesundheitskommission an den Bundesrat überwiesen. Der Entscheid fiel knapp mit 94 zu 90 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Der Bundesrat soll nun in einem Bericht die Wirksamkeit von Nutri-Score analysieren. Dabei handelt es sich um eine auf Ampelfarben basierende Lebensmittelkennzeichnung. Auch in der Schweiz verwenden inzwischen einige Unternehmen den Nutri-Score auf freiwilliger Basis. Die Gegner warnten des Vorstosses vor einer gesetzlich verankerten Ampelpflicht.

Baukultur

Der Nationalrat will die Restaurierung historischer Baudenkmälern nicht vorantreiben. Er hat eine Motion abgelehnt, die zusätzliche 50 Millionen Franken für solche Vorhaben verlangte. Von den Umbauten profitieren sollte die regionale Wirtschaft. Mit 115 zu 73 Stimmen bei einer Enthaltung stimmte die grosse Kammer gegen die Motion ihrer Kulturkommission (WBK). Der Vorstoss hat sich damit erledigt. Peter Keller (SVP/NW) warnte davor, statt einem Kulturerbe ein Schuldenerbe zu hinterlassen. Die Baubranche brauche keine zusätzliche Stimulierung, weil sie weniger als andere von der Corona-Krise betroffen sei.

Überbrückungsrenten

Nicht bestätigte und zurückgetretene Parlamentsmitglieder können weiterhin eine Überbrückungshilfe beantragen, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Das Parlament sieht keinen Grund, daran etwas zu ändern. Nach dem Ständerat ist auch der Nationalrat nicht auf eine Vorlage eingetreten, welche die Überbrückungshilfe abschaffen wollte. Der Entscheid fiel mit 106 zu 81 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Das Geschäft ist damit erledigt. Die Überbrückungshilfe können ehemalige Ratsmitglieder unter 65 Jahren in Anspruch nehmen, wenn sie nach Ausscheiden aus dem Parlament keinen gleichwertigen Ersatz für das Einkommen als Ratsmitglied erzielen können oder bedürftig sind.

Ausschaffungshaft

In der Schweiz sollen Minderjährige nicht länger in Ausschaffungshaft genommen werden dürfen. Der Nationalrat hat mit 95 zu 93 Stimmen bei 6 Enthaltungen eine Standesinitiative aus dem Kanton Genf angenommen. Der Nationalrat liess nach einem Ordnungsantrag ein zweites Mal über die Initiative abstimmen, weil das erste Votum gegen eine Annahme mit 95 zu 95 Stimmen bei 3 Enthaltungen und dem Stichentscheid von Nationalratspräsidentin Isabelle Moret (FDP/VD) äusserst knapp ausfiel. Das Geschäft geht zurück in den Ständerat.



Corona-Virus

Die Corona-Krise hat Schwächen bei der Versorgung aufgedeckt. Der Nationalrat hat stillschweigend drei Motionen angenommen, die für Abhilfe sorgen sollen. Ein Vorstoss verlangt, dass das Konzept der Pflichtlagerhaltung überprüft wird. Eine zweite Motion fordert Ethanol-Pflichtlager. Schliesslich will der Nationalrat, dass der Bundesrat die Lehren für das Gesundheitssystem aus der Krise zieht. Dieser ist einverstanden mit den Aufträgen, will die Arbeiten aber erst nach Bewältigung der Pandemie in Angriff nehmen. Mit den Vorstössen befasst sich nun der Ständerat.

Gleichstellung

Der Nationalrat will die Bestimmungen zu den vorgeschriebenen Lohnanalysen in Unternehmen ab hundert Angestellten nicht verschärfen. Er hat vier Vorstösse abgelehnt, die Anpassungen des erst seit kurzem in Kraft getretenen Gleichstellungsgesetzes verlangten - gegen den Willen von SP, Grünen und GLP. Gemäss dem geänderten Gleichstellungsgesetz müssen Unternehmen mit hundert oder mehr Beschäftigten prüfen, ob sie ihre Angestellten beim Lohn diskriminieren. Es ist erst seit dem 1. Juli in Kraft; bis Ende 2021 müssen die ersten betriebsinternen Analysen durchgeführt werden. Der Linken sind die Bestimmungen zu wenig griffig.

Ordnungsbussen

Polizistinnen und Polizisten, die Ordnungsbussen verteilen, sollen auf der Quittung oder dem Bedenkfristformular nicht mehr ihren ganzen Namen vermerken müssen. Stattdessen sollen sie lediglich ihre Matrikelnummer angeben. Der Nationalrat hat einen entsprechenden Vorstoss stillschweigend angenommen. Mit der Massnahme sollen Polizisten nicht mehr ihre Identität offenlegen müssen und sollen so besser vor Angriffen geschützt sein. Der Vorstoss geht an den Ständerat.

Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Herbstsession abgeschlossen. 22 Vorlagen kamen parlamentarisch unter Dach und Fach, darunter das CO₂-Gesetz und das Covid-19-Gesetz, mit welchem die Corona-Notverordnungen wo notwendig in ordentliches Recht überführt werden. Bei diesen zwei Vorlagen steht ein Referendum im Raum. Auch weitere 18 Vorlagen unterliegen dem fakultativen Referendum. Ausgenommen sind die zwei Abstimmungsempfehlungen zur Trinkwasser- und zur Pestizidinitiative.

Bern, im September 2020
David Zuberbühler